Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 38.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1900. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 29. Freitag, 4. Februar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 1 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Betriebsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag rechtlich durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Sonntags an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hülsemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Aussprache über die Regierungserklärung.

Die Regierungserklärung.

Die Regierungserklärung, die Reichskanzler Marx gestern im vollbesetzten Reichstagsplenum verlas, trägt, das muß von vornherein betont werden, deutlich das Gepräge eines Kompromisses, sicherlich auch mit all den Unzulänglichkeiten, die ein Kompromiß mit sich zu führen pflegt. Aber immerhin, klar und erkennbar tritt aus dem umfangreichen Regierungsdokument auch der Wille hervor, unter Zurückstellung aller Hemmungen des Empfindens eine sachliche Grundlage aufzubauen, auf der sich ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller an der Koalition beteiligten Parteien auswirken kann. Wenn man alle den Wert der Regierungserklärung in seinem vollen Umfang ermessen will, so hat man sich nur an das Positive, an das Sachliche, an das Arbeitsprogramm selbst zu halten. Dieses Programm ist so zusammengefügt, daß es in einer glücklichen Bindung deutschnationale Wünsche, Ziele der Deutschen Volkspartei, Forderungen des Zentrums und auch die Interessen der übrigen Fraktionsgruppen soweit vereinigt, daß wohl alle beteiligten Fraktionen ihm auch innerlich zustimmen können. Wenn man den Inhalt der Regierungserklärung mit den Programmpunkten vergleicht, die die heutige Opposition ins Treffen führt, so wird es schwer ersichtlich, was eigentlich die heute der Regierung gegenüber ablehnend stehenden Parteien gegen das Regierungsprogramm einzuwenden haben. Nach dem Wortlaut des formulierten Arbeitsprogrammes ist die Regierung entschlossen, die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Wirtschaftsunternehmer und der Arbeiter ohne jeden Unterschied der Klassen oder Berufskategorie zu schützen und zu vertreten, durch Ausbau der sozialen Fürsorge, soweit es nur irgend die Mittel des Reiches gestatten, Elend und Erwerbslosennot zu lindern, durch Verzicht auf eine „Revanche-Idee" und durch eine kritische Fortführung der Außenpolitik auf der Grundlage des Locarnogedankens eine weitere Garantie für den Weltfrieden zu schaffen. Das sind immerhin Ziele, denen sich auch die Parteien der heutigen Opposition verschrieben haben dürften, wenn auch vielleicht der Weg, der nach Einsicht der Regierungserklärung zu diesen Zielen führt, nicht immer mit dem identisch ist, den die Oppositionsparteien für richtig halten.

Es durfte nicht Wunder nehmen, daß das Reichstagsplenum mit einem ungleich höheren Interesse den Teilen der Regierungserklärung lauschte, die sich mit der Stellung der Reichsregierung zur Republik und zur Verfassung befaßten, als dem Inhalt des sachlichen Arbeitsprogramms. „Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten." Die Reichsregierung betont dann fernerhin ihre einmütige Auffassung, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Durch die in diesen beiden Sätzen aufgestellten Begriffe „Rechtsgültigkeit der republikanischen Staatsform" und „Schutz der geltenden Verfassung" dürfte das Wesentlichste des Kompromisses dargelegt sein, das die Deutschnationalen und das Zentrum zur Koalition zusammenbindet. Daß auch das Zentrum ehrlich gewillt ist, den Empfindungen seines neuen großen Koalitionsgenossen Rechnung zu tragen, lehrt der Passus der Regierungserklärung, der von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung spricht, auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre zu zollen.

Der Rede des Grafen Westarp blieb es vorbehalten, diesem Kompromiß seine Definition zu geben. Die Deutschnationale Volkspartei bekennt sich offen und ehrlich zur Rechtsgültigkeit der geltenden Staatsform, zum Schutz ihrer Verfassung und ihrer Reichsfarben. Wenn sie sich auch mit diesem Bekenntnis auf den Boden der in Weimar geschaffenen Tatsachen stellt, so wäre es doch falsch, diese streng formulierte Mitarbeitsbereitschaft der Deutschnationalen als ein Glaubensbekenntnis zu bezeichnen. Ein solches Glaubensbekenntnis ist vom Zentrum niemals gefordert, wäre vermutlich von den Deutschnationalen auch niemals abgelegt worden. Im übrigen ist es gut in Anbetracht, daß ein positives, auch von den Deutschnationalen unterzeichnetes Arbeitsprogramm auf der Grundlage der geltenden Verfassung vorliegt, recht unwesentlich. Denn, wie gesagt, die zu leistende Arbeit ist die Hauptsache.

Deutscher Reichstag.

vdg. Berlin, 3. Februar 1927.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird sofort eröffnet.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

stellt an den Anfang seiner Ausführungen die Frage: „Herr Dr. Marx, wie lange wollen Sie regieren?" Die langwierigen Bemühungen um die Regierungsbildung seien wenig verheißungsvoll für eine lange Lebensdauer des Kabinetts. Bei dem Gerausche um die Ministersessel haben die Deutschnationalen eine echt jüdische Prozentrechnung aufgemacht. (Gr. Heiterkeit.) Der Besiegte bei dieser Regierungsbildung ist die Deutsche Volkspartei. Dem Vater der Kritik, Dr. Scholz, scheint jetzt die rechte Vaterfreude zu fehlen. Dr. Stresemann, den noch im Januar 1926 Hugenberg das Unglück des deutschen Bürgertums genannt hatte, hat freiwillig jetzt die Deutschnationalen in seine Gesellschaft gebracht. Er brauchte ihnen dafür nicht einmal etwas von seinem Friedensnobelpreis abzugeben. Reichskanzler Dr. Marx hat mit der Bildung dieses Kabinetts seine bisherige Politik und auch seine bisherigen Erklärungen verleugnet. Er hätte das Steuer wenigstens einem anderen überlassen sollen. Es hätte doch gereizt, daß im Kabinett ein Stresemann sitzt mit dem Wahlspruch: „Hier sitze ich, ich kann auch anders!" (Heiterkeit links.) Das Zentrum hat die Schwenkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte. Der neue Finanzminister Dr. Köhler ist als christlicher Verkehrsminister bekannt. Es tut mir in der Seele weh, daß ich ihn in der Gesellschaft sehe! (Heiterkeit links.) Mit der Absagung des Ministerkandidaten Graef ist den Deutschnationalen eine Demütigung zugefügt worden, wie seiner Partei je zuvor. Wenn sie sich selbst das gefallen lassen, so beweist das, wie groß ihr Machthunger ist. Die deutschnationalen Minister haben sich zur Fortführung der Locarnopolitik bekannt. Damit erkennen sie nicht nur die Ergebnisse dieser Politik an, sondern billigen auch ihre Methoden. (Abg. von Kemnitz (Dnat.) ruft: „Nein".) Ich stelle fest, daß im Gegensatz zu den Versicherungen der deutschnationalen Minister ein Mitglied der Deutschnationalen Fraktion sich hier gegen die außenpolitische Regierungserklärung erklärt.

Wir sind gespannt auf das Ausführungsgesetz zum Art. 48, das uns die deutschnationalen Minister vorlegen werden. Zum Reichswehrminister Dr. Geßler haben wir nicht das Vertrauen, daß er jetzt das nachholt, was er in sieben Jahren versäumt hat. Eine dringliche Forderung ist die schleunige Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Wir haben jetzt eine ausgesprochene Bürgerblock-Regierung. Der Reichspräsident hat in seinem Brief die Terminologie von Karl Marx übernommen, indem er unterscheidet zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Die Bürgerblock-Regierung wird sicherlich für die sozialdemokratische Agitation gute Arbeit leisten. Deutschland ist auch nach dem Zeugnis der christlichen Gewerkschaftspresse ein Arbeiterstaat. Die Arbeiter dürfen in diesem Staat nicht bloßes Objekt der Gesetzgebung sein. Wir wünschen dieser Regierung ein baldiges Ende, so lange sie aber lebt, wird unser Weizen blühen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Westarp (Dnat.).

Mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ist das Ziel erreicht worden, das der Deutschnationale Parteitag in Köln aufgesteckt hat. Um eine feste bürgerliche Mehrheitsregierung zu erreichen, haben wir in sachlicher und persönlicher Beziehung manches Opfer gebracht. Opfer der Ueberzeugung, eine Preisgabe unserer grundsätzlichen Einstellung und unserer programmatischen Linie ist von uns nicht zugestanden, und nicht in Aussicht gestellt worden. (Stürm. Hört! Hört! — Rufe links.) Wir haben das programmatische Manifest des Zentrums zur Kenntnis genommen, aber es ist nicht Verhandlungsgegenstand gewesen und von uns ist kein Bekenntnis dazu verlangt worden. (Stürm. Hört! Hört! links.) Die durch eine Indiskretion veröffentlichten Richtlinien geben über das Uebereinkommen kein vollständiges Bild. Für uns gilt die heute abgegebene Regierungserklärung mit dem, was wir dazu zu sagen haben. Wir wollen nicht um Vergangenes streiten. Die deutsche Außenpolitik soll nicht unter dem Wechsel innerpolitischer Konstellationen leiden. (Schallendes Gelächter, links.) Wir geben nichts preis von dem Grundsatz, daß jede deutsche Regierung deutsche Politik treiben muß. (Rufe links: Verlegenheitsredensarten!) Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund sind die rechtlichen und politischen Unterlagen der deutschen Politik. Eine Politik der Gewalt und der Revanche lehnen wir ab. (Hört! Hört! links.) Sie ist auch unmöglich angesichts der Deutschland aufgezwungenen Waffenlosigkeit. Wir wollen eine Politik der Verständigung, aber es muß eine gegenseitige sein. Die Wegfuhr der deutschen Vorleistungen muß aufhören. (Rufe: Die Ostfestungen.) Das Abkommen über die Ostfestungen ist vor dem Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett geschlossen worden. (Widerspruch und laute Zurufe links.) Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, kann von einer wirklichen Verständigung nicht die Rede sein. (Hört! Hört! links.)

In der Innenpolitik ist von uns ein Gesinnungsbekenntnis, eine Preisgabe unserer monarchischen Ueberzeugung nicht verlangt und nicht zugesagt worden. (Stürm. Hört! Hört! links.) Wir stellen uns mit unserer ganzen Kraft in den Dienst des Staates. Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Staatsform. (Stürm. Hört! Hört! links.) Die Staatsform steht fest, und wir wollen mit der Regierung die Staatsautorität und die Verfassung schützen. Wir halten die Verfassung in vielen Punkten für verbesserungsbedürftig, aber in einer Koalitionsregierung kann keine Regierungspartei grundlegende Aenderungsanträge ohne Uebereinstimmung mit den übrigen stellen. Der Streit um die Staatsform und um die Reichsfarben wird weiter gehen, aber er muß in sachlichen Formen und ohne persönliche Gehässigkeit geführt werden. (Rufe links: „Das sagt ausgerechnet Westarp!") Wir begrüßen es, daß mit der neuen Regierungsbildung die Mitte mit dem Zentrum von der Sozialdemokratie losgelöst ist. Diesem ersten Schritt muß eine gleiche Regelung auch in den Landesregierungen, vor allem in Preußen, folgen. (Lautes Hört! Hört! links.) Wir fordern auch, daß zum ersten Male in einer Regierungserklärung die Achtung vor den großen Traditionen der deutschen Vergangenheit gefordert wird. Die neue Reichsregierung wird durch unsere Unterstützung die nötige Festigung erhalten. (Beifall bei den Deutschnat.)

Präsident Loebe verliest unter großer Heiterkeit einen sozialdemokratischen Antrag, die Rede des Abg. Graf Westarp auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich anschlagen zu lassen.

Die Sozialdemokraten haben inzwischen auch einen Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung eingebracht.

Abg. Dscnig (Wirtsch. Ver.)

gibt die Erklärung ab, seine Fraktion habe in der Regierungserklärung die Zusage einer Herabsetzung der Reichsausgaben vermißt. Die bisher erhobenen Mindestforderungen werde die Fraktion aufrecht erhalten. Die neue Regierung, so schließt die Erklärung, hat es selbst in der Hand, sich die Unterstützung unserer Fraktion zu sichern, indem sie unsere Forderungen erfüllt. Wir haben uns eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (DVP.)

begrüßt es, daß die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Konsequenz gezogen haben, die jede Oppositionspartei ziehen muß, wenn sie eine Regierung gestützt hat. Deutschland habe schon jetzt ein Recht auf sofortige Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes. Mit Locarno und Genf sei die Fortdauer der Besetzung ganz unvereinbar. Die unerträglichen Zustände an der Ostgrenze müßten endlich gebessert werden. Die deutsche Außenpolitik gewinne immer mehr Vertrauen im In- und Auslande. Minister Curtius verdiene Dank für seine Bemühungen um die Bildung einer Regierung, wie sie jetzt zustande gekommen sei. Der Redner verlangt eine Senkung der Einkommensteuer, besonders in den mittleren Stufen. Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergebe sich klar, daß von einem „Deßbürgerblock" nicht gesprochen werden kann. Millionen von Arbeitern stünden hinter der neuen Regierung.

Der Redner weist dann den Vorwurf zurück, daß die Volkspartei den liberalen Gedanken verraten habe. Sie wolle ihn vielmehr auch in der neuen Regierung vertreten. (Beifall bei der DVP.) Bedauerlich sei es nur, daß die Demokraten durch ihr Fernbleiben von der Regierung den liberalen Gedanken geschwächt haben. Die Richtlinien der Regierung seien so gehalten, daß sie von allen wirklich staatserhaltenden Parteien anerkannt werden könnten. Von dem demokratischen Standpunkt aus, sei eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten dringend notwendig. Jetzt könne die vom Reichspräsidenten ernannte Regierung durch eine einfache Mehrheit des Reichstages gestürzt werden. Man dürfe nicht verlangen, daß der Reichspräsident sich der Fraktionsdiktatur beugt. Die Reichswehr habe sich ausgezeichnet bewährt und wärmster Dank gebühre ihrem Organisator, dem General von Seeckt. Der Redner bezeichnet zum Schluß die Bildung der neuen Regierung als eine Etappe auf dem Wege zur Volksgemeinschaft. Alle staatsbejahenden Parteien müßten sich in der Regierung betätigen können.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der die Reichsregierung auffordert, den Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen. (Heiterkeit.)

Abg. Heckert (Komm.)

bezeichnet die neue Regierung als ein machtwirrriges Gebilde. Der lange Schmutz der Regierungserklärung könne nicht hinwegtäuschen über die Arbeiterfeindlichkeit des neuen Kabinetts. Die jetzige Situation sei durch die Sozialdemokraten mit verschuldet worden. Der sozialdemokratische Führer Hermann Müller habe sich gegen eine Reichstagsauflösung ausgesprochen, weil er befürchtet, daß bei Neuwahlen die Demokraten ganz aus dem Reichstag verschwinden werden. Die Sozialdemokraten hätten sich bei der Reichspräsidentenwahl auch für denselben Marx erklärt, der jetzt das antirepublikanische Kabinett führt. Auch heute habe sich die Sozialdemokratie durch das demokratische Beispiel zur Einbringung des Mißtrauensantrages nötigen lassen. Die Arbeiterschaft stehe einer arbeiterfeindlichen Regierung gegenüber und sie werde den Kampf gegen diese Regierung aufnehmen.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Abg. von Kemnitz (Dnat.) gegen den Abg. Müller-Franken. Er wirft der Sozialdemokratie Landesverrat vor und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf heute Freitag, 12 Uhr, vertagt.

•

Sozialdemokratische Reichstagsinterpellation über die Ostbefestigungen.

* Berlin. Wie der Vorwärts berichtet, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, aus welchen Gründen sie von dem früher eingenommenen Standpunkt, wonach die nach dem Friedensschluß erfolgten Neubauten an den Ostfestungen mit dem Artikel 180 des Versailler Friedensvertrages in Einklang zu bringen seien, abgewichen sei, ferner ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung zustimme, nach der nur das sogen. Rumpfkabinett und nicht das Gesamtkabinett für den in der Kabinettssitzung vom 31. Januar 1927 bezüglich der Weichsel-Ostpunkte gefaßten Beschluß die Verantwortung trage.